

Artikel für die Magazine „Cogito“ (VSStÖ-Linz), „Offensiv“ (VSStÖ-Wien) und „sign“ (VSStÖ), Ausgabe 15. November 2004, Autor: [leonhard.dobusch@reflex.at](mailto:leonhard.dobusch@reflex.at)

## **ÖVP will ÖH mundtot machen!**

### **Per Initiativantrag im Parlament wollen FPÖVP die rot-grüne Bundes-ÖH „abschaffen“**

**Neues Wahlsystem gegen grün-rote-Bundes-ÖH. 50% weniger Geld für die ÖH auf Bundesebene. Keine ÖH an Privatunis. Das ist kein Alptraum, sondern der Inhalt des ÖVP-Initiativantrags zur Änderung des HSG („ÖH-Gesetz“) im österreichischen Nationalrat.**

Um „lästige“ Diskussionen zu vermeiden wurde Mittwoch letzter Woche der Antrag auf Änderung des HochschülerInnenschaftsgesetzes (HSG – die Rechtsgrundlage der ÖH) in einer Nacht- und Nebelaktion als Initiativantrag eingebracht. Und diese „Initiative“ hat es in sich: Abschaffung der Listenwahl auf Bundesebene, 50 % weniger Budget für die Bundes-ÖH, Ausschluss der Privatuniversitäten aus der ÖH sind nur die drei heftigsten Einschnitte in die studentische Interessensvertretung.

Die Konsequenzen dieser Vorschläge sind enorm: In Zukunft wird die Bundesvertretung der ÖH, das österreichische „Studierendenparlament“, nicht mehr direkt über Listen (wie der Nationalrat) gewählt, sondern von den Universitätsvertretungen. Auf Österreich umgelegt würde das die Abschaffung der Nationalratswahl und die Einführung eines Systems wie beim Bundesrat bedeuten: Das Wahlergebnis der Länder würde entscheiden, wer im Nationalrat sitzt.

#### **Demokratie ade...**

Das Problem ist nur: Die Menschen wählen (bewusst!) auf verschiedenen Ebenen unterschiedlich. Während auf Bundesebene die politische Vertretung gegenüber der Regierung im Vordergrund steht und eine klare grün-rote Mehrheit aus GRAS und VSStÖ ergeben hat, sieht die Situation auf Universitätsebene oft ganz anders aus. So sind beispielsweise in Linz mit ÖSU und AG zwei konservative Organisationen die stärksten Fraktionen auf Uni-Ebene, während im Linzer Bundeswahlergebnis die linken Fraktionen klar stärker sind. Die Intention hinter der Änderung des ÖH-Gesetzes durch die Bundesregierung ist offensichtlich: Was die ÖVP-Fraktionen (AG, ÖSU) bei der ÖH-Wahl nicht schaffen (eine konservative Mehrheit), soll das neue ÖH-Gesetz richten.

Die Novelle zum HochschulInnenschaftsgesetz reiht sich damit ein in die lange Reihe an politischen „Umfärbereformen“ der schwarz-blauen Regierung. Nach dem ORF-Gesetz, das der ÖVP die absolute Mehrheit im ORF-Stiftungsrat sichert, der (zweimaligen) Reform des Hauptverbandes der Sozialversicherungen, die eine rote in eine schwarz-blaue Mehrheit „verwandelte“, nun der Versuch, in der Studierendenvertretung das „Kunststück“ zu wiederholen. Und wie von der Einführung der Studiengebühren gewohnt, erfolgte die Reform ohne Einbeziehung der Betroffenen und ohne (öffentliche) Debatte.

Schon bei der nächsten Wahl werden die Studierenden auf Universitätsebene gleichzeitig die Bundesvertretung mitwählen. Gleichzeitig wird auch die Listenwahl auf Fakultätsebene abgeschafft. Die Studierendenvertretung an den Fakultäten (in Linz also TNF, SOWI und Jus) sollen von den StudienrichtungsvertreterInnen und nicht von den Studierenden direkt gewählt werden. Pikant, dass gerade die konservativste österreichische Regierung in der zweiten Republik an den Universitäten eine Form der „Rätedemokratie“ einführt. Demokratiepoltisch völlig absurd. Das früher wegweisende HSG wird so zurück in die Interessensvertretungssteinzeit katapultiert.

### **Budget halbiert**

Doch die Reform des Wahlsystems ist nur ein Anschlag auf die „unbequeme“ Bundesvertretung der Studierenden. Nicht nur soll die letzte rot-grüne Interessensvertretung auf Bundesebene (endlich) abgeschafft werden, es sollen auch die Möglichkeiten massiv beschränkt werden. Statt bisher knapp 30 % der ÖH-Beiträge werden nach dem ÖVP-Vorschlag in Zukunft nur noch 15 % der ÖH-Beiträge an die Bundesvertretung gehen. Motto: Zu wenig zum Leben bzw. politisch arbeiten, zu viel zum Sterben. Bekommen werden diese Gelder in Zukunft die Universitätsvertretungen. Und das, obwohl die lokalen HochschulInnenschaften nicht unbedingt an akuter Geldnot leiden, wie wieder das Linzer Beispiel beweist: Die Linzer ÖH hat schon ca. EUR 100.000,- an Rücklagen angespart.

Die Kollateralschäden der HSG-Novelle nehmen sich neben diesen beiden Einschnitten in die studentische Interessensvertretung schon fast harmlos aus. Und doch stehen sie symbolhaft für das Demokratie- und Universitätsverständnis dieser Bundesregierung: Studierende an Privatuniversitäten werden in Zukunft nicht mehr an ÖH-Wahlen teilnehmen und keine eigenen HochschulInnenschaften mehr haben. Dabei wäre gerade an privaten Universitäten eine kritische Vertretung der Studierenden notwendig, um eine völlige Kommerzialisierung der Studien zu verhindern.

### **„Entsetzen“ bei der Bundes-ÖH**

Bei der Bundes-ÖH sorgt der Vorschlag der ÖVP für Entsetzen. Patrice Fuchs (VSStÖ) aus dem Vorsitzteam kann es gar nicht glauben, „dass man zu solchen demokratiefeindlichen Mitteln greifen kann, nur um eine Unbequeme Vertretung loszuwerden.“ Doch noch hat die die ÖH-Vorsitzende nicht aufgegeben: „Wir haben jetzt noch ein Monat Zeit, um diesen autoritären Demokratieabbau zu bekämpfen. Und wenn es das letzte ist, was eine grün-rote ÖH tun wird...“

Dass bei derartigen massiven Veränderungen für „Kleinigkeiten“, wie das passive ÖH-Wahlrecht für ausländische Studierende, keine Zeit mehr war, überrascht letztendlich auch nicht mehr. Der 10. November 2004 – an diesem Tag hat die ÖVP ihren Initiativantrag eingebracht haben - wird jedenfalls als tiefschwarzer Tag in der Geschichte studentischen Interessensvertretung eingehen. In Kraft treten soll die Novelle – rechtzeitig vor den ÖH-Wahlen – am 01. Februar 2005. Gut möglich also, dass die TeilnehmerInnen der letzten ÖH-Wahl auch die letzten waren, die sich für eine politische Bundesvertretung entscheiden durften.

**Info-Box: Die wichtigsten Änderungen des Hochschülerschaftsgesetzes im Überblick:**

<b>HSG alt</b>	<b>HSG neu (ab 2005)</b>
Listenwahl der ÖH auf Bundesebene	Entsendung von VertreterInnen nach dem Ergebnis der Wahlen an den Universitäten
Listenwahl auf Fakultätsebene	Dies Studien(richtungs)vertreterInnen entsenden in ein neues Fakultätsgremium
ca. 30 % der ÖH-Beiträge für die Bundesvertretung	nur noch 15 % der Mittel für die Bundesvertretung (schrittweise bis 2008)
Studierende an Privatuniversitäten sind Teil der ÖH	Studierende an Privatuniversitäten sind nicht mehr Teil der ÖH